

Das Übel an der Wurzel

Von Ferdos Forudastan

Redlichkeit ist eine Zier, doch weiter kommt ohne ihr, wer sich in diesen Zeiten zur Kriminalität äußert. Schlagzeilen machen Politiker und Fachleute, die nach angeblich schnell wirkenden, schärferen Waffen im Kampf gegen das Verbrechen rufen. Ungehört bleiben jene, die darauf dringen, das Übel an der Wurzel zu packen und langfristige Lösungen zu suchen. Dabei widersprechen praktisch alle Erfahrungen aus den vergangen Jahrzehnten der Annahme, immer neue, immer strengere Gesetze könnten mögliche Straftäter aufhalten.

Union und FDP ignorieren diese Erfahrungen. Allein um sich für den Wahlkampf zu munitionieren, um die allmächtige Regierung zu markieren, peitschen sie ein Paragraphenwerk durchs Parlament, das gegen Kriminalität praktisch nichts ausrichten wird, den Rechtsstaat aber ein Stück weiter demontiert. Das zusammenhangslose Sammelsurium von Normen mit dem gezielt dramatisierten Titel »Verbrechensbekämpfungsgesetz«, handelt überwiegend von Straftaten kleineren oder mittleren Ausmaßes, auf die der Staat mit riesigen Kalibern zielt.

So sollen Verfahren gegen Verdächtige in einer Weise verkürzt werden, die elementaren Anforderungen an einen fairen Prozeß hohnsprechen. Daß die Beweisaufnahme drastisch eingeschränkt wird, daß der Verteidiger zeitweise quasi ausgeschaltet ist, daß Beschuldigte ohne triftigen Grund tagelang in Haft gehalten werden dürfen, erinnert daran, wie Polizeistaaten mit Menschen umgehen, die gegen das Gesetz verstößen. Außerdem wird das verschärzte Recht Strafverfahren nicht wirklich beschleunigen. Wenn die Gerichte Umstände von Tat und Täter demnächst nicht mehr gründlich in der ersten Instanz erforschen, werden Entscheidungen noch häufiger als bisher angefochten, werden Prozesse zunehmend auf die folgenden Instanzen verschleppt.

Im Eifer des Gefechts um Wählerstimmen mißachtet die Bonner Koalition das eherne Prinzip der Trennung von Polizei und Geheimdiensten und zieht den Bundesnachrichtendienst in die Strafverfolgung ein. CDU/CSU und FDP scheren sich nicht um die schlechten Erfahrungen mit der Kronzeugenregelung für Terroristen und führen dieses rechtsstaatlich unhaltbare Instrument nun auch noch für sogenannte organisierte Kriminelle ein. Bürger mit nichtdeutschem Paß diskriminieren die Koalitionäre so, als wollten sie die Fremdenfeinden auf Deutschlands Straßen recht geben: Selbst hier geborene Ausländer, die sich strafbar machen, sollen künftig ganz leicht des Landes verwiesen werden.

Auch die Sozialdemokraten orientieren sich mit ihrem Gesetzentwurf zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität offenkundig und ohne rechtsstaatliche Skrupel an dem Wunsch, als die strengsten Hüter von Recht und Ordnung dazustehen. Sie wollen Vermögen künftig schon dann einziehen, wenn der Eigentümer den Verdacht nicht widerlegen kann, daß es illegal erworben ist. Mit dem elementaren demokratischen Prinzip, daß ein Mensch so lange als unschuldig zu gelten hat, bis ihm der Staat seine Schuld nachweist, ist das nicht zu vereinbaren. Mit ihren Vor-

schlägen für einen Großen Lauschangriff mißachtet die SPD das vom Grundgesetz jedem Menschen garantierte Recht auf einen Kernbereich von Intimsphäre.

Weil die großen Parteien lieber populistische Rufe nach einem schärferen Recht und härterem Durchgreifen ausstoßen, als laut über erfolgversprechende, aber langwierige und für regierende Politiker in Bund und Ländern unbequeme Lösungen nachzudenken, hat eine gründliche Debatte über Kriminalität und ihre Ursachen kaum eine Chance.

Die sogenannte Alltagskriminalität, also Wohnungseinbrüche, Laden- und Autodiebstähle, nimmt vor allem deswegen zu, weil es immer mehr Arme, Ausgegrenzte, Drogenabhängige gibt. Ihnen ist nur mit einer gerechten und humanen Wirtschafts-, Sozial-, Jugend- und Drogenpolitik zu helfen. Was tatsächlich geschieht – Sozialabbau und die fortwährende Propagierung der Ellenbogengesellschaft – treibt immer mehr Menschen ins gesellschaftliche Abseits. Jene aber, die ganz oben in der gesellschaftlichen Hierarchie ihr – volkswirtschaftlich und moralisch gravierendes – Unwesen treiben, kommen oft un- oder kaum geschoren davon: Umweltsünder, Steuerhinterzieher, Wirtschaftskriminelle, Waffenexporteure.

Das Strafgesetzbuch von veralteten Vorschriften entrümpeln, um Polizei und Gerichte zu entlasten; den Drogenbereich vorsichtig entkriminalisieren, um das Geschäft mit der Sucht auszutrocknen; zugunsten anderer Sanktionen Gefängnisstrafen zurückdrängen, die viele Menschen immer weiter in die Illegalität treiben; der Justiz eine Strukturreform verpassen; den Fremdenhaß mit einer humanen Ausländerpolitik entgegentreten; frustrierten gewaltbereiten Jugendlichen eine Perspektive bieten ... Um der Kriminalität wirklich beizukommen, könnte der Staat etliches tun – wenn er es wirklich wollte.

Ferdos Forudastan ist Redakteurin der Frankfurter Rundschau in Bonn



»Allein um sich für den Wahlkampf zu munitionieren, peitschen sie ein Paragraphenwerk durchs Parlament.«